Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 46 (1966-1967)
Heft: 8

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

AMERIKA ZWISCHEN EUROPA UND ASIEN

Am 7. Oktober sprach Präsident Johnson in New York vor der Landeskonferenz amerikanischer Chefredaktoren über Europa. Es ist lange her, seit von höchster Stelle Washingtons ein klärendes Wort über den alten Kontinent vernommen worden ist. Mit der scheinbar unaufhaltsamen Eskalation des Vietnam-Konfliktes hat sich das Schwergewicht der amerikanischen Politik immer stärker nach Asien verlagert. Europa geriet zusehends an die *Peripherie* des internationalen Geschehens. Das hat sich — äußerlich zumindest — im Sinne einer zunehmenden Entspannung ausgewirkt. Potentielle Konfliktherde wie *Berlin* verloren ihren akuten Charakter. Eine unmittelbare Konfrontation, wie sie sich noch zu Ende der fünfziger Jahre mit Chruschtschews Berlin-Ultimatum drohend am Horizont abgezeichnet hatte, rückte mehr und mehr aus dem Bereich der Möglichkeiten.

Johnsons Europa-Konzeption

Diese Entwicklung kann jedoch den Blick nicht vor den Tatsachen verschließen, daß Europa wegen seiner geographischen Lage an der Nahtstelle der beiden größten Weltmächte und wegen seines bevölkerungsmäßigen und wirtschaftlichen Potentials auch heute noch ein *zentraler Faktor* der Weltpolitik ist. Präsident Johnson hat sich in seiner programmatischen Rede diese Auffassung ebenfalls zu eigen gemacht. Die Einigung Europas, so sagte er, sei eine der großen, noch unbewältigten Aufgaben unserer Generation. Der Friede in der Welt sei so lange nicht gesichert, als eine unnatürliche Linie den europäischen Kontinent in zwei Hälften teile. Eines der Hauptziele der amerikanischen Politik sei deshalb die Wiedervereinigung Deutschlands. Diese könne sich jedoch nur im Rahmen einer «großeuropäischen Versöhnung» vollziehen, zu der die Zustimmung der osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion erforderlich seien.

Den *Weg*, der zu diesem Ziele führen soll, erblickt Johnson in einer *stufenweisen Annäherung* an den Osten — von der engen Konzeption der Koexistenz zur «Vision des ‹peaceful› engagements». Als erste Schritte hat Johnson eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die die Exportsperre gegenüber dem Ostblock mildern sollen. Ferner will man prüfen, ob die USA Polen bei seinen Zahlungsbilanzschwierigkeiten Hilfe leisten können. Mit der Sowjetunion wird nächstens ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet. Ins Auge gefaßt werden schließlich Vereinbarungen über die Liberalisierung der Reisevorschriften nach kommunistischen Ländern sowie der Austausch von Meldungen der Wettersatelliten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Kontrastprogramm zu den Vorschlägen de Gaulles

Es wäre falsch, diese Anregungen Johnsons als eine Annäherung an die Konzeption General de Gaulles zu interpretieren. Der amerikanische Präsident geht von der Idee der *atlantischen Partnerschaft* aus, nicht vom Gedanken einer Wiederbelebung der alten Nationalstaaten, wie er de Gaulle vorschwebt. Johnson betonte deshalb auch die Bedeutung des *amerikanischen Engagements* in Europa. Die Präsenz der amerikanischen Truppen ist die klarste äußere Demonstration dieses Willens, wobei Johnson es offen ließ, ob man zu einer graduellen Reduktion der Truppenbestände schreiten könnte. Voraussetzung wäre dabei das Einhalten einer strikten Reziprozität.

Johnson stellt mit seinen Überlegungen den Auffassungen des französischen Präsidenten ein ausgewogenes Programm entgegen, das den *machtmäßigen Realitäten* Rechnung trägt. In Johnsons Vorstellungen spielt die Sowjetunion noch immer die Rolle der zweitgrößten Macht der Welt, deren militärisches Potential das größte unter den Staaten des Ostblockes und die deshalb im Spiel der Kräfte noch immer der entscheidende Gegenpol des Westens ist. Die gegenwärtige Zurückhaltung, die Moskau im internationalen Geschehen übt, wird nicht als dauernde Schwäche interpretiert; latent bleibt die sowjetische Drohung existent, und ihr ist bei allen Zukunftsperspektiven Rechnung zu tragen.

Die Gespräche mit Gromyko

Kurz nach seiner New Yorker Rede ist Johnson mit dem sowjetischen Außenminister *Gromyko* zusammengetroffen. Die russisch-amerikanischen Gespräche, an denen sich auch Staatssekretär *Rusk* beteiligte, galten einem der Hauptthemen des gegenwärtigen west-östlichen Dialogs, der Frage der *Nonproliferation*. Die Vereinigten Staaten hoffen noch immer, hier zu einem Arrangement mit Moskau zu gelangen, das eine Weiterverbreitung der Kernwaffen verbieten würde. Die Ergebnisse, die in dieser Richtung erzielt wurden, sind jedoch nicht ermutigend. Moskau sieht den Wert eines solchen Nonproliferation-Abkommens vornehmlich darin, daß es ihm die Möglichkeit gibt, sich in die *Nuklearpolitik der NATO* einzuschalten, während für die USA es sich vornehmlich darum handelt, die Weiterverbreitung von atomaren Waffen in nationale Verfügungsgewalt zu verhindern. Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann es sich Washington kaum leisten, die Bundesrepublik — die als einziges Land der Welt auf die Herstellung von Atomwaffen feierlich verzichtet hat — durch einen vertraglich sanktionierten Verzicht auf irgendwelche allianzinternen Gemeinschaftslösungen abrupt vor den Kopf zu stoßen. Das Nonproliferation-Abkommen, das wohl ein wichtiger Schritt in der Richtung der von Johnson angedeuteten Annährung zwischen Ost und West bedeuten würde, dürfte deshalb in absehbarer Zukunft weiter in der Schwebe bleiben.

Moskaus negatives Echo

In Moskau, dem Adressat der Vorschläge Johnsons, ist aber auch die Initiative des Weißen Hauses, wie sie sich in Johnsons New Yorker Rede abzeichnete, bisher auf Ablehnung gestoßen. Die Einladung an die Führer des Kremls, die der amerikanische Präsident ergehen ließ, wurde nicht angenommen. Parteisekretär *Breschnew*, in diesen Fragen offensichtlich der Hauptsprecher der UdSSR, hat sein Nein damit begründet, daß die *Vietnamfrage* trennend zwischen Moskau und Washington stehe. Vor einer Regelung des Konfliktes in Südostasien seien Kontakte auf höchster Ebene wertlos.

Es ist begreiflich, daß die Sowjetunion im gegenwärtigen Zeitpunkt sich nicht auf allgemeine Gespräche mit dem Westen einlassen will. Moskaus Position im Ostblock ist im Augenblick nicht so, daß es überzeugend als Sprecher des ganzen kommunistischen Machtbereiches auftreten könnte. Der Streit mit *Peking* hat sich, trotz scheinbarer Übereinstimmung in der Vietnamfrage, in der letzten Zeit angesichts des Wütens der chinesischen «Roten Garde» verschärft und ist im agitatorischen Bereich in gegenseitige Haßtiraden ausgeartet. Aber auch in *Osteuropa* ist noch keine Änderung im Trend der allmählichen Desintegration zu erblikken, obwohl Moskau sich bemüht, die Satelliten wieder enger um sich zu scharen. Die Militärmanöver im September — Deckname «Moldau» — sind ein bezeichnendes Symptom dafür, ebenso die Besprechungen mit Gomulka in Moskau und der Besuch, den Gromyko auf seiner Rückreise aus den USA in Ostberlin abgestattet hat. Möglicherweise gehört auch die propagandistisch so lautstark ausgeschlachtete «Versöhnung» zwischen dem Stalinisten *Ulbricht* und Marschall

Tito in das Programm einer Zusammenfassung der kommunistischen Kräfte in Osteuropa.

Bonn in der Zwickmühle

Die neuen Tendenzen, die sich in den letzten Monaten in der amerikanischen Außenpolitik abzeichnen, werden vor allem die *Bundesrepublik Deutschland* zwingen, die politische Situation neu zu überdenken. Westdeutschland ist heute, nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der NATO, der wichtigste Bündnispartner der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent. In Bonn werden die Versuche, zu einem direkten Arrangement zwischen den beiden größten Weltmächten zu gelangen, aber seit eh und je mit Skepsis betrachtet, da im Hintergrund immer die Befürchtung lauert, schließlich das Opfer solcher west-östlicher Abmachungen zu werden. Die Ankündigung Präsident Johnsons, man werde neue Wege der Annäherung suchen müssen, ist deshalb in der Bundesrepublik eher mit *gemischten Gefühlen* aufgenommen worden. Einerseits hat man es begrüßt, daß der amerikanische Präsident die Bedeutung der atlantischen Partnerschaft und die daraus resultierende Präsenz amerikanischer Truppen so stark hervorgehoben hat. Die Sicherheit der Bundesrepublik und Westeuropas beruht auch heute, ungeachtet aller internationalen Kräfteverschiebungen, primär noch immer auf der Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Deutschland. Anderseits betrachtet Bonn die Versuche, zu einer Annäherung an Moskau zu gelangen, auch jetzt mit einer tüchtigen Dosis von Zweifeln, die im Lichte der Erfahrungen der vergangenen Jahre nicht ganz unberechtigt erscheinen. Der Wille, im Sinne der amerikanischen Anregungen eine aktivere Ostpolitik zu treiben, ist zwar vorhanden, doch stößt man sowohl in Osteuropa wie vor allem gegenüber Ulbricht rasch auf eine Haltung, die für Bonn die *Grenze des Zumutbaren* erreicht. Die Euphorie, die — im Hinblick auf die zu Rumänien angeknüpften Kontakte — noch anfangs September in Bonn herrschte, ist heute einer nüchterneren Betrachtung gewichen. Ulbrichts Politik der kleinen Nadelstiche, die sich in letzter Zeit wieder intensiviert hat, ist ebenfalls kaum ein ermutigendes Anzeichen für neue Initiativen in Richtung auf eine Normalisierung der Beziehungen Bonns zu Osteuropa.

Auf der anderen Seite ist Bonn gegenüber seinen westlichen Bündnispartnern in eine unliebsame Zwickmühle geraten. Die Bundesrepublik hat sich seinerzeit verpflichtet, die ihm von den Amerikanern gewährte Sicherheit durch kräftige Mithilfe am *Devisenausgleich* zu bezahlen. Das von Erhard vor zwei Jahren abgeschlossene Abkommen hat Westdeutschland große Lasten auferlegt, die heute nun abgetragen werden müssen. Bei den jüngsten deutsch-amerikanischen Verhandlungen in Washington hat der Bundeskanzler die von ihm eingegangenen Versprechungen noch einmal bekräftigt. Um sie einzulösen, muß er jedoch dem Parlament ein *Budget* vorlegen, das die Steuerschraube kräftig anzieht. Damit aber bringt er weite Kreise der eigenen Partei gegen sich auf, die mit Beklemmung den anhaltenden Popularitätsschwund der CDU beobachten und fürchten, Erhard werde die Unionsparteien einer schweren Wahlniederlage entgegenführen. Die permanente Krise in der CDU hindert Erhard, eine eindeutige Linie einzuhalten, und die vom Kanzler ausstrahlende Unsicherheit wirkt sich zusehends auf die ganze Regierungspolitik aus. Ein Ausweg kann nur dann gefunden werden, wenn sich Bonn zu einer *klaren Konzeption* entschließt. Der schwankende Kurs schadet nicht nur der innenpolitischen Stabilität der Bundesrepublik, sondern überträgt sich auch auf deren außenpolitische Stellung und damit auf die politische Lage in Europa überhaupt. Die Krisenerscheinungen in der Bonner Regierungspartei bergen Gefahren in sich, deren Tragweite unübersehbar sind. Wenn in Bonn das Regierungsschiff nicht rasch wieder in sicherere Bahnen gelenkt wird, leidet darunter nicht nur das Ansehen der Bundesrepublik, sondern die Reputation und das Prestige des ganzen Westens.

Fabius

DER FRIEDENSPREIS FÜR VISSER'T HOOFT UND KARDINAL BEA

Der Friedenspreis des deutschen Buchhandels, der alljährlich aus Anlaß der Frankfurter Buchmesse verliehen wird, ist diesmal an zwei Preisträger gegeben worden: an den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, *Willem Adolf Visser't Hooft*, und an *Augustin Kardinal Bea*, den Präsidenten des Sekretariats für die Förderung der Einheit der Christen in Rom. Was der Buchhandel mit dem Frieden zu schaffen hat, versuchte der Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, *Friedrich Georgi*, zu formulieren. Er konnte am 25. September 1966 in der historischen Paulskirche in Frankfurt am Main neben den geladenen Verlegern und Buchhändlern eine große Zahl von interessierten Gästen begrüßen. Da waren die Botschafter der deutschen Bundesrepublik, Österreichs, Frankreichs und der Niederlande vertreten. Georgi führte aus, welche kulturelle Bedeutung und Verantwortung der Buchhandel für Gegenwart und Zukunft trägt. Der deutsche Buchhandel hat diese Verantwortung unter das Zeichen des Friedens gestellt. Die Verleihung des Friedenspreises in der Paulskirche ist ein Symbol deutscher Kultur geworden. Nicht ohne Grund konnte der Vorsteher an erster Stelle unter den Gästen daher den deutschen Bundespräsidenten Lübke begrüßen. Als Schweizer hat man es bedauert, daß nicht auch eine offizielle Persönlichkeit aus der Eidgenossenschaft an diesem Anlaß vertreten war. Das hätte nicht nur der Tatsache entsprochen, daß wir am deutschen Buchhandel wesentlich mitinteressiert sind, sondern es wäre auch der Person mindestens eines der Geehrten gegenüber angemessen gewesen. Visser't Hooft ist Pfarrer der Genfer Nationalkirche und Ehrenbürger der Stadt Genf.

Bei der Verleihung hob der Oberbürgermeister von Frankfurt die Bedeutung der Stätte hervor, an der der Friedenspreis vergeben wird. Die Paulskirche ist seit jener denkwürdigen Nationalversammlung von 1848 Symbol deutscher Demokratie. Der Friedenspreis hat in dieser der gottesdienstlichen Verwendung entzogenen Kirche eine hervorragende Stellung. Zwischen der letztjährigen und der diesjährigen Verleihung wurde sie, die unter der Bombardierung Frankfurts gelitten hat, einer Renovation unterzogen. Der Berichterstatter kann allerdings die Art und Weise nicht loben, wie diese Kirche ausgestattet worden ist, mit einer marmornen Empore vor einer hohen gekalkten Wand. Die Schlichtheit des ganzen Anlasses jedoch, die Abwesenheit von aller Aufmachung und jedem Pomp berührte sympathisch. Sie entsprach dem Wesen der beiden Friedenspreisträger. Kardinal Bea ist auch im Purpur des Kirchenfürsten der schlichte Gelehrte und Förderer biblischer Forschung geblieben, der er in den Jahren 1930 bis 1949 als Rektor des päpstlichen Bibelinstituts in Rom gewesen war. Daß Visser't Hooft ein ganz der Sache hingegebener und leidenschaftlicher Kämpfer ist, der wenig durch Äußerlichkeiten sich beeindrucken läßt, bewies er wiederum durch das Referat, das er bei diesem Anlaß hielt. Wenn wir vorgängig zu unserem Bericht auf zwei Begebenheiten hinweisen, so sei zunächst die Gründung des Ökumenischen Rates in einer provisorischen Form genannt, nämlich im Jahre 1938, sodann in seiner definitiven Form 1948. Aber schon lange zuvor war Visser't Hooft für die Einigung der Christen tätig. Ein anderes Datum ist für Kardinal Bea wichtig. Im Jahre 1960 wurde dieser von Papst Johannes zum Präsidenten des Sekretariats bestimmt, das im Hinblick auf das Ziel des zweiten vatikanischen Konzils geschaffen wurde, des Sekretariats zur Förderung der Einheit. In jenem Jahr kamen an einem Septembertag die beiden Exponenten ökumenischen Wirkens in Mailand zusammen.

Doch wenden wir uns wiederum dem Anlaß in der Paulskirche zu. Die Preisrede war dem nordrhein-westfälischen Kultusminister, Professor Mikat übertragen worden. Dieser sprach einen bedeutsamen Gedanken aus. Er bezeichnete die Theologie Visser't Hoofts als eine Theologie des Dialoges. Nur der Dialog gibt die Chance für den Frieden. «Friede unter den Menschen setzt die Aktua-

lisierung der dialogischen Existenz voraus, das heißt: die volle Bejahung des anderen Menschen, der mir begegnet und dem ich begegne.» Meines Erachtens unterstrich er damit zu Recht, daß ein Friede nicht einfach organisiert werden kann, er hat vielmehr persönliche Voraussetzungen. «Der Dialog der Kirchen ist nicht möglich ohne den Dialog der konkreten Personen, die ihn führen.» Der Fortschritt in der ökumenischen Einigung erfordert, daß Menschen und Kirchen einander akzeptieren.

Mikat wies auf ein Buch Visser't Hoofts hin, das den Titel trägt «Kein anderer Name». Darin setzt sich der Verfasser mit dem Synkretismus auseinander und lehnt diesen ab. Er betont also die prägnante Profilierung des Glaubens und verwirft eine Harmonisierung, welche über das Bekenntnis und das Wahrheitsgewissen hinweggeht. Profil zu haben und Profil zu geben, ist die eine Seite kirchlichen Wirkens; den anders denkenden Menschen so ernst zu nehmen wie den Bruder im Glauben, ihm zuzuhören und bereit zu sein zum Verstehen, das ist die andere Seite eines verheißungsvollen ökumenischen Weges. Bea und Visser't Hooft verkörpern in der Tat diese Haltung. Denn der Kardinal ist ebenso ein überzeugter Gläubiger der Papstkirche wie der Generalsekretär des Ökumenischen Rates ein überzeugter reformierter Theologe ist.

Wie diese Menschen trotzdem zusammenkamen, ist bezeichnend für den Weg der zwei großen, weltweiten Organisationen der römisch-katholischen Kirche und des Ökumenischen Rates. Bea kam durch die Bibel, durch das Alte und das Neue Testament, zu jenem Verständnis des Gottesvolkes und der Kirche, das die Sehnsucht nach der geistigen Einheit aller Christen wachrufen mußte. Aus seinem Institut ging noch unter dem Pontifikat Pius' XII. jene Bibelenzyklika hervor, welche der erste große Schritt zu einer Verständigung zwischen Protestanten und Katholiken war. Visser't Hooft wurde durch seinen personalen Glauben an Christus als den Herrn der Kirche zu seinem alle Konfessionen einigenden Wirken gebracht. Viele Hindernisse stehen dem entgegen, daß sich evangelische Kirchen mit dem Papst und seiner Kirche abfinden könnten: dogmatische, moralische und politische Vorbehalte. Aber mit der Herstellung eines Dialoges ist eine erste wichtige Vorbedingung erfüllt. An den ersten zwei Vollversammlungen des Ökumenischen Rates in Amsterdam 1948 und Evanston 1954 war Rom nicht nur unbeteiligt, sondern der Vatikan hinderte geradezu jede spontane oder private Teilnahme der Katholiken. In Delhi 1961 war er mit 5 offiziellen Beobachtern vertreten. Kardinal Bea wies in seiner Ansprache in der Paulskirche darauf hin, daß seither eine gemischte Kommission aus 8 ökumenischen und 6 katholischen Vertretern besteht. Die Aufgabe dieses Ausschusses soll sein, die Möglichkeiten eines Gespräches und einer Zusammenarbeit zu erforschen und ihre Methode festzulegen.

Für die Zuhörer in der Paulskirche war es ein Erlebnis, die beiden Preisträger nebeneinander zu sehen. Kardinal Bea ist ein kleiner, alter Mann, der schwer geht, dessen Geist aber immer noch sein Anliegen und seine persönliche Weise, mit der Wahrheit umzugehen, deutlich zeigt. Er wurde vom deutschen Bundespräsidenten in den Saal geleitet. Dann, nach der Verleihung des Preises, erzählte er in schlichten Worten, wie er und sein Sekretariat mit dem Generalsekretariat des Ökumenischen Rates in Kontakt traten. Seine Ansprache, in welcher der Hinweis auf die Friedensbotschaft der Bibel, wie sie im Propheten Jesaja vor allen Dingen zum Ausdruck kommt, einen großen Raum einnahm, kam Beas frommes Bibelchristentum zur Geltung. Dieses hat das Gemäuer der traditionellen römischen Dogmatik durchdrungen und jenseits der aufgerichteten Schranken die ebenfalls in der Bibel beheimatete Frömmigkeit anderer Kirchen gefunden. Es ist die Bibel, die im Konzil das unerwartete Wunder einer neuen Sprache zustandebrachte, mit der sich die verschiedenen Kirchen mit ihren großen und langen Traditionen wieder finden können.

Nach den stillen, für viele wohl allzu stillen Worten des Kardinals trat Visser't Hooft zur Rednerkanzel, begann seine als Appell gemeinte, eindrückliche Ansprache. Er stellte sie unter die Frage, welches der

Beitrag der ökumenischen Bewegung unserer Zeit zum Weltfrieden sei. Er erinnerte an den Anfang in den zwanziger Jahren, als Nathan Söderblom die Kirchen zu einer Weltkonferenz für praktisches Christentum nach Uppsala zusammenrief. Söderblom war beunruhigt und erschüttert, daß die Kirchen in den kritischen Jahren des Ersten Weltkrieges kein gemeinsames Wort zum Frieden hatten finden können. Nach Visser't Hooft ist das gemeinsame Wort, das die Kirche der Welt zu sagen hat, wesentlicher Antrieb der ökumenischen Bewegung. In Fragen der Abrüstung, der Menschenrechte, der Versöhnung zwischen früheren Feinden und der guten Beziehung zwischen den Rassen soll das gemeinsam gesprochene Wort der Kirchen Gewicht erhalten. Es geht darum, gemeinsame Stellungnahmen der Kirchen im Ökumenischen Rat und der römisch-katholischen Kirche zu erreichen. So wird die ganze Christenheit zusammen ihre Friedensbotschaft in konkreter Weise in die Welt bringen. Als größte Kluft der Gegenwart bezeichnete er das Verhältnis der reichen und der armen Länder zueinander. Sein Votum berührte wirtschaftspolitische Probleme, wenn er sagte, «daß die Struktur der Weltwirtschaft verändert werden muß, um zu einer internationalen, sozialen Gerechtigkeit zu kommen». Unvergeßlich bleibt den Teilnehmern an der Verleihung dieses Friedenspreises seine Mahnung: «Uns kann nur geholfen werden, wenn unser Egoismus, Provinzialismus und Nationalismus überwunden werden von einer Wirklichkeit, die größer ist als Ego, Provinz und Nation und die uns so beherrscht, daß wir bereit sind, Opfer für sie zu bringen.»

Es war nicht zu verkennen, daß die Zuhörer nicht nur mit gespannter Aufmerksamkeit diese Ausführungen anhörten, sondern daß sie vom Ernst der gesprochenen Worte gepackt waren. Tatsächlich bedeutet die Verbindung zwischen ökumenischer Bewegung und Friedensaufgabe eine wesentliche Überzeugung des Geehrten. Sowohl er selber wie seine Mitarbeiter, vor allem die Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, haben immer wieder in dieser Richtung durch Resolutionen zu wirken versucht. Viele dieser Resolutionen enthalten nach unserer Meinung Ratschläge, die an der Wirklichkeit vorbeigehen. Das ändert aber nichts daran, daß die Aufgabe selbst wichtig und ihre Erfüllung durch die Kirchen und ihr gemeinsames Wort wesentlich ist. Visser't Hooft zitierte abschließend ein Wort aus dem frühchristlichen Brief an Diognet: «Die Christen halten die Welt zusammen.» Visser't Hooft bezeichnete es als die großen Momente der ökumenischen Existenz, wenn Menschen mit verschiedener Perspektive und Überzeugung unter dem Zeichen des Kreuzes zusammenhalten. Daß die Christen eine Friedensaufgabe haben und sie nur erfüllen können, wenn sie untereinander Frieden finden, kam im Vortrag Visser't Hoofts deutlich zur Sprache. Es ist in der Tat die noble Aufgabe der Christen, dem Frieden zu dienen. Erfüllen können sie sie nur, wenn sie sich heiß darum bemühen durch Gottes Wort ein gemeinsames, ungeteiltes Zeugnis dafür zu finden. Ihr Reden und ihr Handeln muß dokumentieren, daß sie in Christus eins sind.

Max Schoch

NUCLEX 66

Fachmesse für die kerntechnische Industrie

Im September 1966 fand in Basel in den Hallen der Schweizer Mustermesse die NUCLEX 66 statt, eine internationale Fachmesse für die kerntechnische Industrie. Die Messe war verbunden mit einer Fachtagung, welche während vier Tagen durch technische Vorträge und Gespräche dem Gedankenaustausch diente.

Die von den Vereinten Nationen durchgeführten drei Genfer Konferenzen für die friedliche Verwendung der Atomenergie (1955, 1958 und 1964) stellten ausdrücklich den Anspruch, technisch-wissenschaftliche Veranstaltungen zu sein. So war 1964, als schon deutlich der Beginn der wirtschaftlichen Periode der Atomenergie zu erkennen war, in Genf eine gewisse Unzufriedenheit festzustellen; Unzufriedenheit der forschenden Ingenieure und Wissenschaftler über das Eindringen der Fabrikanten und Verkäufer, Unzufriedenheit eben dieser letzteren über gewisse ihnen auferlegte Behinderungen.

Aus dieser Situation entstand die Idee der NUCLEX, die Idee, in Basel — nicht in Genf — eine Ausstellung und Konferenz zu veranstalten, welche kommerziellen Charakter tragen durfte und sollte.

Das Unternehmen ist gelungen. Trotz vielfältiger anfänglicher Widerstände im In- und Ausland konnte die NUCLEX ihre Tore öffnen. Die Beteiligung war groß, auf seiten der Aussteller, der Vortragenden und der Teilnehmer, und sie war in breiter Weise international. Die Qualität der Vorträge war unterschiedlich, wie an jeder Konferenz. Dabei darf nicht übersehen werden, daß an einer kommerziellen Zwecken dienenden Messe kommerzielle Ziele verfolgende Vorträge akzeptierbar, ja wünschbar sein können. Einige Sitzungen waren allzu heterogen. — Von hervorragender Qualität war eine Panel-Diskussion über Reaktor-Sicherheitsfragen, für welche die führenden Spezialisten Deutschlands, Frankreichs, der USA, Englands und der Schweiz gewonnen werden konnten.

Die dritte Genfer Konferenz hatte einen ausgezeichneten Überblick über den Stand der Entwicklung im Jahre 1964 vermittelt. So ging man dieses Jahr nach Basel an die NUCLEX 66 mit der Frage, ob die seit einiger Zeit sich deutlich abzeichnenden Änderungen der Situation auf dem Gebiete der Atomenergie sich manifestieren würden, ob Basel 1966 ein anderes Bild vermitteln würde als Genf 1964. Es war in der Tat so.

Welches sind diese Änderungen?

Leistungsreaktoren

1964 gab es drei Systeme erprobter Reaktoren erster Generation:

— die gasgekühlten Graphit-Reaktoren Englands und Frankreichs (Magnox-Reaktoren),
— die Druckwasser- und Siedewasser-Reaktoren amerikanischer Bauart (Pressurized Water Reactor PWR, Boiling Water Reactor BWR) und
— die Schwerwasser-Reaktoren kanadischer Bauart.

Von diesen standen sich die beiden ersten als die bestbewährten Systeme gegenüber, während die kanadische Linie als etwas weniger weit entwickelt aber vielversprechend beurteilt wurde.

Seit 1964 baut nur noch Frankreich Magnox-Reaktoren. Da diese Reaktoren von amerikanischem angereichertem Uran unabhängig sind und außerdem das für die Bombenherstellung notwendige Plutonium erzeugen, ist Frankreich, offenbar weitgehend aus politischen Gründen, diesem Typ treu geblieben.

England baut seit 1964 keine Magnox-Reaktoren mehr. Das britische Central Electricity Generating Board hat 1965 den vor zwei Jahren noch unter die fortschrittlichen Reaktoren eingereihten Advanced Gas Cooled Reactor (AGR) in einem dramatischen Offertvergleich mit amerikanischen Leichtwasser-Reaktoren verglichen. Der Advanced Gas Cooled Reactor blieb Sieger. Was 1964 Vermutung war, ist heute Gewißheit: Der AGR beherrscht die nächste Etappe des englischen Kraftwerksprogrammes. Ein wesentlicher Erfolg des AGR wird der erste Auftrag für den Export einer Anlage dieses Typs sein; dieses Ereignis steht noch aus.

Die amerikanischen Druckwasserreaktoren und Siedewasserreaktoren haben inzwischen einen wahren Siegeszug angetreten. Es wurden seit August 1964 insgesamt 10 Siedewasserreaktoren mit einer totalen elektrischen Leistung von zirka 7000 Megawatt und 13 Druckwasserreaktoren mit einer totalen elektrischen Leistung von zirka 8600 in Auftrag

gegeben. Seit dem Sommer 1964 wurde etwa jeden Monat ein Auftrag für ein nukleares Kraftwerk vergeben. Diese Werke könnten miteinander jährlich etwa das Dreifache der schweizerischen Jahresproduktion an elektrischer Energie liefern. — In der Schweiz wurden bestellt: Von den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) ein Druckwasser-Reaktor mit 350 MW Leistung (Fertigstellung 1969) und von den Bernischen Kraftwerken (BKW) ein Siedewasser-Reaktor mit 300 MW Leistung (Fertigstellung 1971).

Den Kanadiern ist es hingegen seit 1964 nicht gelungen, außerhalb Kanadas in freier Konkurrenz Fuß zu fassen; der Berichterstatter neigt heute dazu, die Schwerwasserreaktoren insgesamt unter die noch in Entwicklung befindlichen Reaktoren einzureihen.

Fortschrittliche Reaktoren

Unter fortschrittlichen Reaktoren versteht man solche Typen, die gegenüber den heute erprobten wesentliche technische Vorteile bieten. Diese Typen stecken noch in der Entwicklung, lassen aber doch erkennen, daß sie im Verlaufe der nahen Zukunft die Kraftwerksreife erlangen werden und alsdann in die Klasse der Leistungsreaktoren eingereiht werden können.

Gegenüber 1964 ist der britische Advanced Gas Cooled Reactor aus dieser Gruppe ausgeschieden und als Leistungsreaktor arriviert.

Die gasgekühlten Hochtemperatur-Reaktoren (HTGR), welche höhere Kühlmitteltemperaturen und damit bessere thermodynamische Wirkungsgrade zu erreichen suchen, haben bedeutende Fortschritte gemacht und insbesondere durch den erfolgreichen Verlauf des OECD Dragon-Projektes (England) wesentlich an Boden gewonnen. Die beiden anderen HTGR Prototypen, das Brown, Boveri-Krupp Projekt (Deutschland) und der Peach-Bottom Reaktor (USA) haben Kritikalität, aber noch keine Leistung erreicht und daher ihre Bewährungsprobe noch vor sich. Es besteht aber kein Zweifel, daß der HTGR großes Potential in sich birgt; in den USA ist über ein Kraftwerk von zirka 300 MW Leistung, welches mit einem HTGR ausgerüstet wird, provisorisch bereits Beschluß gefaßt worden.

Der mit schnellen Neutronen arbeitende sogenannte Schnelle Reaktor ist nunmehr wohl endgültig in dem Sinne unter die fortschrittlichen Reaktoren einzureihen, als er in nicht mehr allzu ferner Zukunft Kraftwerksreife erlangen wird. Insbesondere scheinen die Fragen der Regelung und die mit der hohen Leistungsdichte verbundenen Probleme beherrschbar. Es bleibt die Aufgabe, zuverläßige Komponenten (Dampferzeuger, Pumpen usw.) zu entwickeln.

Andererseits ist gegenüber 1964 der Fortschritt auf dem Gebiete der Schwerwasserreaktoren etwas enttäuschend. Die verschiedenen Projekte: Gaskühlung (EL_4 Frankreich und Lucens Schweiz), Dampfkühlung (SGHWR England), Druckgefäß-Bauart (Marviken Schweden), Druckrohr-Bauart mit Leicht- oder Schwerwasserkühlung (Kanada) sind zum größeren Teil noch nicht weit genug gediehen, so daß man noch nicht klar sieht, wohin der Weg führen wird. Die am weitesten entwickelte Linie ist ohne Zweifel immer noch die kanadische.

Das Ende des schlüsselfertig erstellten Atomkraftwerkes

Nahezu alle in den USA oder Europa bisher in Auftrag gegebenen Atomkraftwerke der amerikanischen Leichtwasser-Linie werden oder wurden von den Reaktorbaufirmen als «schlüsselfertige Werke» erstellt. Die Reaktorbaufirmen übernahmen hierbei das entstehende Risiko entweder allein oder gelegentlich mit Hilfe staatlicher Beihilfen. Der Reaktorlieferant trat als Generalunternehmer auf, welcher nicht nur für den eigentlichen Reaktor, sondern auch für alle übrigen Anlageteile (bauliche Arbeiten, Containment, Sekundär-Anlage) die volle Verantwortung übernahm.

Nun hat General Electric im Juni 1966 angekündigt, daß diese Firma in Zukunft keine schlüsselfertigen Gesamtanlagen mehr

zu liefern gedenkt. Diese Ankündigung ist ausdrücklich auf die USA beschränkt. In überseeischen Ländern, einschließlich Europa, wird General Electric vorläufig weiterhin als General-Unternehmer auftreten.

General Electric will in den USA künftig nur noch «Nukleare Dampferzeugungsanlagen» anbieten, das heißt den eigentlichen Reaktor mit seinen sämtlichen nuklearen Hilfssystemen; die Firma wird außerdem Unterlagen liefern für die an das Reaktorgebäude (Containment) zu stellenden Anforderungen; für die Anpassung der Turbinenanlage und der übrigen konventionellen Hilfssysteme werden ebenfalls Spezifikationen geliefert werden.

Die koordinierende Rolle des für die Gesamterstellung verantwortlichen General-Unternehmers will General Electric aber nicht mehr übernehmen, ebensowenig bauliche und Montage-Aufgaben. Diese Arbeiten sollen vielmehr von hierzu geeigneten Ingenieurbüros, welche in den USA Architect-Engineers genannt werden, übernommen werden.

Als Begründung für diesen Entscheid, welcher in der Fachwelt erhebliches Aufsehen erregt hat, wird angegeben, daß heute keine Notwendigkeit für schlüsselfertige Offerten mehr bestehe. Nach der Zeit der staatlichen Entwicklungsbeihilfe habe die Periode der schlüsselfertigen Werke als eine weitere Etappe kommen müssen. Die Reaktorbaufirmen hätten als Starthilfe für diesen Geschäftszweig den Elektrizitätswerken schlüsselfertige Werke angeboten. Nunmehr aber sei dieser Geschäftszweig selbstständig geworden und nicht mehr darauf angewiesen, durch Offerten, in denen der Reaktorbauer alle Risiken übernimmt, die Elektrizitätswerke zum Einstieg in das Atomzeitalter zu bewegen.

Diese offizielle Begründung mag ihre Richtigkeit haben. Es ist aber auch bekannt, wie scharf die amerikanische Antitrust-Gesetzgebung ist. Das Department of Justice hat die Aufteilung des Marktes für Atomkraftwerke unter die «Großen Zwei» (Westinghouse und General Electric) seit längerer Zeit mit Mißtrauen und Mißbilligung beobachtet. Andererseits haben die Ingenieurbüros (Architect-Engineers) deutlich die Meinung vertreten, sie seien ebenso fähig, Atomkraftwerke zu bauen wie die Reaktorbaufirmen. Der Beschluß der General Electric, nicht mehr als General-Unternehmer aufzutreten, mag daher dazu dienen, mögliche Antitrustklagen von vornherein abzuwenden. — Westinghouse hat inzwischen erklärt, jede vom Kunden gewünschte Vertragsform zu akzeptieren.

Wenn nun die Reaktorbaufirmen keine schlüsselfertigen Werke mehr anbieten, das heißt die Verantwortung für das Gesamtunternehmen eines Kraftwerksbaues nicht mehr übernehmen wollen, dann muß jemand in die Lücke springen; jemand muß die Koordination und Gesamtverantwortung übernehmen. Es gibt im wesentlichen zwei Instanzen, die dies tun können: Ein Ingenieurbüro oder der Bauherr selbst. Es ist zu erwarten, daß sowohl beide Varianten als auch eine Vereinigung beider zum Zuge kommen werden.

Das Ingenieurbüro wird dann die Zügel führen, wenn der Bauherr nicht willens oder in der Lage ist, die Koordination zu übernehmen. Dies wird zum Beispiel insbesondere dann zu erwarten sein, wenn der Bauherr keinen nuklear erfahrenen Mitarbeiterstab besitz. Immer dann, wenn ein Bauherr (zum Beispiel von einem früheren Bau her) schon einen nuklear gebildeten Mitarbeiterstab besitzt und auch in den übrigen Disziplinen einen genügend befähigten Ingenieurstab unterhält — das heißt immer dann, wenn der Bauherr selbst einen eigentlichen Ingenieurbetrieb führt —, wird er selbst die Gesamtführung und Verantwortung übernehmen. Dies um so mehr, als die so erarbeitete Erfahrung die beste Voraussetzung für die spätere Betriebsführung darstellt.

Die Gesamtlieferung wird von der verantwortlichen Koordinationsstelle auf Unterlieferanten aufgeteilt werden. Dabei wird zunächst noch die «Nukleare Dampferzeugungsanlage» als ein geschlossener Auftrag vergeben werden. Es ist aber mit zunehmender Erfahrung der koordinierenden Ingenieure oder Bauherren zu erwarten, daß mehr und mehr auch Hilfssysteme oder Teile der nuklearen Dampferzeugungs-

anlage direkt einzeln vom Koordinator bestellt werden. Im Grenzfall ist denkbar, daß der Koordinator Reaktorkern und Regelstäbe bei Spezialfirmen bestellt, sämtliche anderen Bestandteile aber direkt beim Bestanbietenden. Insbesondere wird auch die Herstellung von Brennstoffelementen nicht mehr lange das Privileg der großen Reaktorbaufirmen bleiben.

Es ist zu erwarten, daß die Entwicklung bei moderneren Reaktortypen mit einer entsprechenden Zeitverschiebung ähnlich verläuft. Wiederum wird nach einer Periode staatlicher Beihilfe eine «schlüsselfertige» Periode kommen, in welcher der Reaktorbauer durch Übernahme erhöhter Risiken versuchen wird, die Elektrizitätswerke zur Annahme des neuen Produktes zu veranlassen. Und wiederum wird die Periode des Komponentenmarktes folgen.

Die Annahme, nur der Reaktorbauer sei in der Lage, Atomkraftwerke anzubieten und zu errichten, galt bis vor kurzem als grundlegendes Dogma. Die Fähigkeit, in diesem Gebiet erfolgreich zu arbeiten, wurde nur demjenigen zuerkannt, welcher als der Reaktorbauer das Kernstück der ganzen Anlage, die Wärmequelle, zu konstruieren verstand.

Die wesentliche Konsequenz aus der sich abzeichnenden Entwicklung ist das Ende dieses Dogmas. Der Entscheid der General Electric ist daher zwar ein wichtiges Einzelereignis, viel mehr aber das Symptom eines Strukturwandels, der sich vor aller Augen abspielt: Der Bau von Atomkraftwerken nimmt in der Art, in der er abgewickelt wird, durchaus konventionelle Formen an.

Diese Tendenz zeigte die NUCLEX 66 deutlich: Anwesend war einerseits der Fabrikant von Reaktorkomponenten, der seine Produkte anbietet; da waren aber vor allem auch die Vertreter der Ingenieurbüros, welche den Elektrizitätswerken ihre Dienste als Ersteller von Atomkraftwerken anbieten.

Dem im Maschinenbau tätigen Industriellen stellt sich — natürlich nicht erst heute, sondern schon lange — die Frage, ob der Reaktorbau, sei es durch eigene Entwicklung oder durch lizenzgebundene Zusammenarbeit mit anderen Reaktorbaufirmen, in das eigene Fabrikationsprogramm aufzunehmen sei. Die Antwort wurde (wegen des oben erwähnten Dogmas) vielfach bejaht. Die Tendenz zur Auflösung des Marktes für «Schlüsselfertige Atomkraftwerke» in einen Komponenten-Markt für konventionelle und nicht-konventionelle Anlageteile wird hier zu Überprüfungen und zu Neu-Dispositionen Anlaß geben. Es stehen im wesentlichen vier Wege offen:

— Beharren auf der eigenen Reaktorentwicklung
— Lizenzbau
— Anbieten einzelner Produkte
— Eindringen in die Domäne des Ingenieurs, das heißt Übernahme der Rolle des Koordinators.

Brown Boveri hat im Falle des Atomkraftwerkes der BKW den vierten Weg eingeschlagen, in dem mit General Electric ein Konsortium gebildet wurde, in welchem BBC federführend ist. Aber diese Organisationsform gehört eigentlich noch ins Zeitalter der «Schlüsselfertigen Kraftwerke». Der Berichterstatter glaubt, daß verschiedene andere industrielle Unternehmungen unseres Landes heute den dritten Weg vorziehen werden.

Glenn T. Seaborg, Chairman of the United States Atomic Energy Commission, faßte 1964 die dritte Genfer Konferenz zusammen mit den Worten: «I believe this conference marks the beginning of the age of nuclear power.»

Wir könnten 1966 sagen, die NUCLEX 66 manifestiere das Ende der Alleinherrschaft der großen Reaktorbaufirmen. Der Bau von Atomkraftwerken wird sich in Zukunft mehr und mehr in durchaus konventioneller Zusammenarbeit zwischen Bauherr, Ingenieur und Komponentenfabrikant abwickeln.

Außer der Direktion der Schweizer Mustermesse ist den Herren Dr. P. Graf, F. Ammann und H. Künzli für ihre Initiative und für die Organisation der NUCLEX 66 zu danken. — 1969 soll eine NUCLEX 69 stattfinden.

Heinz Albers-Schönberg

PLANUNG IM FREIHEITSSTAAT?

XV. Gießbachseminar des Redressement National

Kaum ein Schlagwort ist emotional so belastet wie das Wort Planung. Umso verdienstlicher war die Idee des Redressement National, sein fünfzehntes Herbstseminar diesem Thema zu widmen. Auch wenn die Vertreter anderer Fakultäten als der Nationalökonomie manchmal etwas überfordert waren, darf das Seminar als voller Erfolg bezeichnet werden. Denn schien anfänglich ein Großteil der Gespräche aneinander vorbei zu laufen, wurden im weiteren Verlauf des Seminars die bestehenden Mißverständnisse immer deutlicher herausgeschält und überwunden, so daß die rund 100 Studenten und jungen Hochschulabsolventen zweifellos um zahlreiche Einsichten bereichert heimkehrten.

Dieses hocherfreuliche Resultat ist in erster Linie dem sehr geschickt zusammengestellten *Programm* zuzuschreiben. Schon vor der Tagung war jedem Teilnehmer eine sehr sorgfältig redigierte Sammlung sachkundiger Äußerungen zum Thema Planung zugestellt worden. Das Seminar eröffnete dann ein breit angelegtes Referat von PD Dr. *Karlheinz Kleps*, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Delegierten des Bundesrates für Konjunkturfragen. Er umriß recht kritisch die Entwicklung der Planungsexperimente in den verschiedenen westeuropäischen Ländern. Besonders scharf ging er dabei mit der sektoralen Planung ins Gericht, wie sie im Rahmen der Montanunion und der Euratom durchgeführt wird. Auch kritisierte er die einseitige Ausrichtung aller bekannten Planungen auf die Steigerung des Bruttosozialproduktes, ein Umstand, der wesentlich dafür verantwortlich sei, daß in den Planungsländern die Inflation grassiere und in letzter Zeit harte Stabilisierungseingriffe notwendig geworden seien. Er unterstrich, daß die Planungen eine Tendenz aufweisen, immer mehr ins Detail zu gehen, und wies nach, daß die vorhergesagten Entwicklungen oft nicht eingetreten seien; insbesondere habe gerade der Staat selber sich nicht an seine eigene Planung gehalten. Die erheblichen Abweichungen der wirklichen von der geplanten Entwicklung hätten sehr häufige Korrekturen notwendig gemacht, doch gerade dadurch werde der Hauptvorteil der Planung, der informative Wert, illusorisch. Besondere Bedenken hegt Dr. Kleps bezüglich der Verantwortlichkeit des Staates, wenn seine Prognosen fehlgehen. Auch das Argument, durch die Planung würde dem Mittel- und Kleinbetrieb die nötige Information geliefert, um seine Investitionsentscheide auf Grund eines «transparenten Marktes» zu fällen, ließ er nicht gelten.

Einen wohltuenden Kontrast zu diesem zutiefst skeptischen Grundton bildeten die beiden folgenden Referate. Zunächst schilderte Frau *Marie Yatsimirsky*, die Berichterstatterin der Plankommission des nationalen Arbeitgeber-Verbandes Frankreichs, in einem erfrischend unprätentiösen Vortrag die Erfahrungen mit den französischen Plänen. Sie zeichnete insbesondere im Detail den Weg der Willensbildung auf und wies dabei nach, wie sehr hier die Demokratie spiele und wie wenig von einer Allmacht der Planer die Rede sein könne.

Im hervorragenden Vortrag von Dr. *Hans Tietmeyer*, Regierungsrat im Wirtschaftsministerium in Bonn, schwang andererseits eine nicht zu überhörende Skepsis gegenüber der französischen «Planification» mit. Umsomehr vermochte er die Zuhörer von der Zweckmäßigkeit der heutigen EWG-Planung zu überzeugen, die als *mittelfristige Wirtschaftspolitik* bezeichnet wird. Diese bezweckt eine stärkere Mobilität von Kapital und Arbeit im EWG-Raum. Sie geht aus von zwei wesentlichen Erscheinungen unserer Zeit: einerseits dem Phänomen der wachsenden Staatstätigkeit, durch das in allen Ländern die öffentlichen Ausgaben einen immer größeren Teil des Sozialprodukts beanspruchen, und anderseits der Tatsache, daß die Rahmenbedingungen der staatlichen Wirtschaftspolitik auch die Investitions-

entscheide der privaten Wirtschaft immer stärker beeinflussen. Beide Gründe führen zum Schluß, daß die staatlichen Investitionen in einen umfassenden Plan eingeordnet werden müssen. Dieser Plan ist, soweit er Deutschland betrifft, nicht sektoral unterteilt. Die Entwicklungsschätzungen werden in einer sogenannten Spielraumprojektion festgehalten, das heißt mit Tiefst- und Höchstwerten. Aus der bisherigen Planungsarbeit im Rahmen der EWG ist die Einsicht gewonnen worden, daß der Arbeitsmarkt in Zukunft noch mehr zum Engpaß werden wird und daß das weitere Wirtschafts-Wachstum vom technischen Fortschritt, von überproportionalen Investitionsanstrengungen abhängen wird, womit auch der Kapitalmarkt langfristig einer Überbeanspruchung entgegengeht. Um negative Auswirkungen dieser Entwicklung zu vermeiden, sieht die Planung der EWG ein Bündel von Maßnahmen vor, die der Referent im Detail vorlegte. Dazu gehören Bestrebungen, die Ausgaben des Staates zu reduzieren und strukturelle Verbesserungen in den traditionell staatlich geschützten Bezirken der Agrar- und der Energiepolitik herbeizuführen.

Dr. Tietmeyer sähe sehr ungern den starren Fünfjahresplan anstelle von «rollierenden» Plänen mit jährlicher Anpassung; auch weitere Detaillierungen der Zahlen betrachtet er als unnötig und unerwünscht. In der heute vorgesehenen Form hat die Planung in der EWG aber drei eminente Vorteile: Das durch sie bewirkte permanente Gespräch unter den für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen der sechs Länder ist höchst wertvoll; die angestellten gesamtwirtschaftlichen Analysen helfen der Wirtschaft, die großen Trends und insbesondere die wirtschaftspolitischen Absichten der Behörden frühzeitig zu erkennen; die Planung ermöglicht eine Zusammenschau beim Treffen selektiver Maßnahmen.

Diese drei Vorträge wurden durch zwei *Kolloquien* ergänzt, an denen unter anderen Nationalrat Dr. Eibel, Gewerkschaftssekretär Dr. Jucker, Dr. Tavel, früherer Mitarbeiter des Battelle-Forschungsinstitutes in Genf, und Dr. Allemann, Delegierter des Bundesrates für Konjunkturfragen, teilnahmen. Auch wenn sich hier erneut die Belastetheit des Schlagwortes «Planung» manifestierte und sich die einzelnen markanten Voten nicht immer zum Gespräch verbanden, setzten diese Rundtischdiskussionen doch viele wichtige Akzente. Mit einiger Verwunderung registrierten die Zuhörer, daß Dr. Jucker als Gewerkschaftsvertreter keineswegs als Vorkämpfer der Planung in Erscheinung trat. Vielmehr befürwortete er die Planung nur als Erziehungsprozeß, als Konfrontation, und konstatierte, daß bis heute das Niveau der Planung in unserem Land so unbefriedigend gewesen sei, daß man ihr noch keine maßgebliche Rolle zubilligen dürfe.

In *Gruppenarbeit* wurden die vielen in den Referaten geäußerten Gedanken von den Teilnehmern vertieft. Eine erste Gruppe unter Leitung von Dr. Kleps kam zum Schluß, daß das Maß an wünschbarer Planung immer nur auf Grund der konkreten Bedingungskonstellation eines Landes entschieden werden könne, daß aber in unserem Lande im Zeichen der rasch zunehmenden Staatsausgaben eine längerfristige Finanzplanung und eine Koordination der föderalistisch zersplitterten Finanzhaushalte dringlich geworden sei. Die zweite Gruppe, unter Dr. *Adrian Gnehm*, behandelte das Verhältnis der Prognosen zur Planifikation. Sie bekannte sich zur Wünschbarkeit und Nützlichkeit von Prognosen im Sinne extrapolierter Schätzungen, lehnte aber das Aufstellen von Planzielen ab. Um auch in unserem Lande brauchbare Prognosen zu ermöglichen, wären bessere und detailliertere statistische Unterlagen nötig, als wir sie bis heute besitzen.

Auch in der dritten Gruppe unter Dr. *Rudolf Rohr* begegnete die Mangelhaftigkeit unserer Statistik lebhafter Kritik. Im übrigen wurde auf die vielen, die Wirtschaftspolitik beeinflussenden außerökonomischen Faktoren hingewiesen. Als Hauptaufgabe des Staates wurde die Verantwortung für den Rahmen der Wirtschaft bezeichnet, also für die Bedingungen eines harmonischen Wachstums, wobei die Planung ein wertvolles Hilfsmittel sein kann, um diesen Rahmen aus einer Gesamtschau heraus zu erstellen.

Die beiden abschließenden Referate und die Diskussion mit den Referenten trugen zur Klärung Wesentliches bei. Professor Dr. *Pierre Goetschin*, Lausanne, sprach über die ökonomischen, Nationalrat *Peter Dürrenmatt*, Basel, über die politischen Grenzen staatlicher Planung. Nationalrat Dürrenmatt gelang es, in einem geistigen Höhenflug den Hintergrund der ganzen Debatte auszuloten. Er wies auf die Polarität des Berechenbaren und des Unberechenbaren hin, welche die Faszination des Politischen ausmacht. Im Recht finden die Postulate der Gerechtigkeit und der Freiheit den Ausgleich. Immer mehr versucht man, der Gerechtigkeit in Gesetzen Ausdruck zu verleihen; das Resultat ist aber allzu oft nur die steigende Unüberblickbarkeit, die Hypertrophie des Rechtes. Im Sowjetstaat stehen sich Gerechtigkeit und Freiheit nicht polar gegenüber, sondern werden gleichgesetzt: Nach der kommunistischen Theorie ist der Mensch maximal frei, wenn alle seine Bedürfnisse befriedigt sind. Wir aber wissen, daß die Planungsallmacht, mit der die totale Bedürfnisbefriedigung erstrebt wird, zur totalen Unfreiheit geführt hat.

Der Referent wandte sich dann zur Schweiz zurück und untersuchte hier den Sektor staatlicher Einflußnahme. Der Beamte eines Staates, der zugleich selbst Unternehmer, Wirtschaftssubjekt und Auftraggeber ist und neutral über den Privaten stehen sollte, kommt oft in Gewissenskonflikte. Nur eine passionierte Pflege von Gesetzgebung — von der Totalrevision der Verfassung bis zum Versuch, der Gesetzgebungsinflation unterer Stufen entgegenzutreten — und Rechtsprechung, vor allem der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, kann hier Garant gegenüber Mißbräuchen der Staatsmacht sein. Nach einer fundierten Kritik der heutigen Allparteienregierung schloß der Referent mit einem Bekenntnis zur Freiheit, und zwar gerade zur Freiheit im Politischen, nicht bloß zur persönlichen, außergesellschaftlichen Freiheit.

Professor Goetschin, gleicherweise Experte in Praxis und Theorie, deckte in seinem klugen Referat die Schwierigkeiten auf, denen sich jede Planung gegenübersieht. Ob die Vorhersage eintrifft, hängt von einer Unzahl von Einzelentscheidungen ab, die ihrerseits durch viele Zufälligkeiten und äußere, tagesbedingte Einflüsse bestimmt sind. Folgt man in den einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht dem Rat der Planer, so stehen auch ihre Prognosen auf schwachen Füssen. Ob die Planung sich bewährt, wird man nie abschließend sagen können, weiß man doch nicht, wie die Entwicklung ohne Planung verlaufen wäre. Professor Goetschin, der an der IMEDE, der der Firma Nestlé nahestehenden Schule für Unternehmungsführung, regelmäßig Kurse gibt, erwies sich trotz dieser Vorbehalte als grundsätzlicher Befürworter der Planung, unter der Bedingung, daß sie richtig gehandhabt wird.

Und das Resultat? — Es konnte nicht der Zweck dieses Seminars sein, fertige Lösungen zu präsentieren, wie Dr. *Hans Georg Lüchinger* im Schlußwort der Tagung hervorhob. Dennoch haben sich einige Erkenntnisse mit erfreulicher Deutlichkeit herauskristallisiert. Allen voran die Einsicht, daß Planung ein neutraler Begriff ist und jede ideologische Belastung der Sache schadet. Planung ist eine Methode, deren erstes Ziel darin besteht, eine Gesamtschau des wirtschaftlichen Geschehens zu erhalten und sich von künftigen Entwicklungen nicht unvorbereitet überrennen zu lassen. Auch ohne Plan haben wir ein riesiges Netz staatlicher Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen, nur mit dem Unterschied, daß bei deren Erlaß die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen meist zu wenig berücksichtigt werden, weil ein Plan fehlt. Demgegenüber ist ein vernünftiger Plan geeignet, ein Klima zu erzeugen, das der Privatwirtschaft erlaubt, sich in die als erstrebenswert erkannten Richtungen zu entwickeln. Professor Goetschin nannte als Beispiel die Uhrenindustrie:

Mangels vorausschauender Planung haben wir Gesetze erlassen, welche versuchen, die Vielzahl von Kleinbetrieben zu erhalten und Zusammenschlüsse zu erschweren, was einen rechtzeitigen Vorstoß der Uhrenindustrie in das Gebiet der Elektronik, wozu sie prädestiniert gewesen wäre, verunmög-

lichte. Dank seriöser Planung werden aber die Auswirkungen einer Maßnahme, sei sie nun außerökonomisch oder ökonomisch bedingt, schon im voraus abmeßbar. Die sprunghaften Korrekturmaßnahmen unserer Wirtschaftspolitik, der massive Fremdarbeiterabbau nach Jahren freier Expansion, der Bau- und der Kreditbeschluß zeigen deutlich genug, wohin eine «planlose» Wirtschaftspolitik führt.

Das Vorbild für unser Land kann dabei freilich nicht die Planifikation Frankreichs sein, sondern, neben der sehr überzeugenden Planung im Rahmen der EWG, die Planung der USA, die sich auf die statistischen Angaben des «Bureau of Census» stützen kann, deren Vollständigkeit und Zuverlässigkeit jeden Europäer vor Neid erblassen läßt.

In den USA studiert zum Beispiel ein größerer, kompetenter Ausschuß fortlaufend die wirtschaftlichen Auswirkungen aller Verteidigungsausgaben, die heute fast 10% des Nationaleinkommens ausmachen, und der fünfköpfige «Council of Economic Advisors» des Präsidenten berät die Regierung ständig über die Auswirkungen jeder Maßnahme auf die Wirtschaft, den Steuereingang usw. Es handelt sich dabei nicht um ehrgeizige Wirtschaftsprognosen für Propagandazwecke, sondern um eine systematische Auseinandersetzung mit der Zukunft, um aus einer solchen Gesamtschau heraus jede Einzelmaßnahme beurteilen zu können. So gesehen ist die Planung aus einem ideologisch belasteten Popanz zu einem pragmatischen, sinnvollen Koordinationsinstrument geworden. Es ist zu hoffen, daß das Seminar in Gießbach mitgeholfen hat, die irrationalen Vorurteile gegen die richtig verstandene Planung abzubauen und die Debatte auf die praktischen Fragen zurückzuführen, wer planen soll und wie detailliert geplant werden soll. Die kameradschaftliche Atmosphäre im der Welt entrückten Hotel Gießbach war dazu angetan, die entsprechende Aufnahmebereitschaft der Teilnehmer zu erzeugen.

Ullin Streiff